

Postulat von Niklaus Scherr (AL)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob für die laufenden Entwicklungsplanungen der freiwerdenden SBB-Areale nicht ein Planungs-Moratorium beschlossen werden kann.

Begründung:

Mit der gleichentags eingereichten Motion verlange ich die Einrichtung eines öffentlichen Runden Tisches mit Einbezug aller interessierten Kreise für die strategische Entwicklungsplanung der in den nächsten Jahren freiwerdenden SBB-Areale. Seit einiger Zeit plant die Stadt hinter verschlossenen Türen zusammen mit der SBB Immobilien AG die Entwicklung der immensen SBB-Brachen auf Stadtgebiet. Allein zwischen Hauptbahnhof und Altstetten verfügt die SBB über rund 50 Hektaren Land, das in den nächsten Jahren nicht mehr für bahnbetriebliche Zwecke benötigt wird. Bereits verplant sind die zentrumsnahen Filetstücke Stadtraum HB und Güterbahnhof. In beiden Fällen sind Parlament und Öffentlichkeit mit fixfertigen Gestaltungsplanentwürfen vor politische faits accomplis gestellt worden. Bereits weit gediehen ist die Planung WestLink beim Bahnhof Altstetten, wo noch ein Landtausch der Stadt mit der SBB ansteht. Zurzeit läuft hinter den Kulissen ein Projektwettbewerb für das Teilgebiet Letzibach C, der Ende November abgeschlossen und im Januar 2009 juriert werden soll.

Die SBB, auch wenn sie heute als AG firmiert, ist ein 100-prozentiger Staatsbetrieb. Ihre Anlagen und Areale sind alle über Jahrzehnte zu einem grossen Teil mit Geldern und Subventionen der öffentlichen Hand erworben und erstellt worden. Bei Arealen, welche dieser subventionierte Staatsbetrieb für seinen eigentlichen Unternehmenszweck nicht mehr benötigt, hat die Standortgemeinde und die Öffentlichkeit ein legitimes Mitsprache-Interesse. Bei den grossen Brachen, die in den nächsten Jahren frei werden, handelt es sich um eine der letzten grossen Baulandreserven unserer Stadt. Ueber die Zukunft dieser Areale kann und darf nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit allein zwischen SBB Immobilien, Verwaltung und Stadtrat verhandelt werden. Wir brauchen einen transparenten, demokratisch legitimierten Planungsprozess, bei dem nicht einseitige Renditeoptimierung zugunsten der Grundeigentümerin im Zentrum stehen, sondern auch soziale und gesellschaftspolitische Aspekte aktiv eingebracht werden können. Bis der mit der Motion verlangte Runde Tisch eingeführt ist, sollen keine weiteren planerischen faits accomplis geschaffen und die zurzeit im Eiltempo laufende Planung vorläufig gestoppt werden.

Antrag auf dringliche Behandlung

